



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Was uns nicht retten kann! : Offne Antwort an Herrn Professor Mommsen

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

fassen, in seiner scharf und reich ausgeprägten hingebenden Persönlichkeit schon damals ausgeübt. So gelang es ihm durch unablässige Sorgfalt, die Wunden, die der Krieg dem Bezirk geschlagen hatte, nach Kräften zu lindern. Donnerstag, den 13. Juni 1667 verschied er im siebenzigsten Jahre seines Lebens in Kirchheim. Herzog Eberhard kam selbst mit seinem ganzen Hofstaat von Stuttgart zur Beerdigung seines treuen Dieners. Eine hohe Gestalt ohne Tadel, voll Glaubensernst, Glaubentiefe und Glaubenskraft, durch und durch wahr, ein Mann der That, fest wie Stahl und treu wie Gold, so stand sein Bild vor den Augen seiner dankbaren Zeitgenossen, und so steht auch vor der Nachwelt. Das Gedächtnis an diesen wackern Helden aus dem Hessenlande bleibt mit der Geschichte Württembergs unzertrennlich verknüpft.



Was uns nicht retten kann!

Offne Antwort an Herrn Professor Mommsen



ie „Nation,“ das Publikationsorgan des Abgeordneten Barth, hat einen mit der Überschrift „Was uns noch retten kann“ versehenen Aufsatz des fünfundsachtzigjährigen Professors Mommsen veröffentlicht, zugleich ist der Aufsatz in der Sonnabend-Morgennummer der Berliner „Vossischen Zeitung“ erschienen, die diese Publikation als ein politisches Ereignis ersten Ranges feiert. Veröffentlichungen, die von Mommsen ausgehn, sind — welcher Art auch immer ihr Inhalt sein möge — der allgemeinsten Beachtung im voraus sicher. Der hochbetagte Gelehrte erfreut sich einer meisterhaften Beherrschung der Sprache, bei aller Formgewandtheit einer großen Sicherheit des Ausdrucks, einer sich dem Lapidarstil nähernden Schreibweise. Als ein Musterlesestück für die höhern Gymnasialklassen könnte ein solcher Aufsatz ohne weiteres gelten, wenn der Inhalt auf derselben Höhe stünde wie die Form. Bei allen Fragen, die die Wissenschaft berühren, darf Mommsen einen hohen Grad von Autorität für sich in Anspruch nehmen, als Politiker streitet er mit Virchow um den Preis der Kurzsichtigkeit. Dem Historiker Mommsen ist die bewundernde Anerkennung für bestimmte Gebiete seines Forschens ohne jede Einschränkung zu teil geworden, aber sobald er seinen Lehrstuhl — zum Glück nur in seltenen Fällen — dem Tagespolitiker abtritt, ruft er statt der Bewunderung Kopfschütteln hervor. Diesem Schicksal verfällt auch der in Rede stehende Aufsatz, dem Mommsen die Überschrift der Zwestenschen Broschüre aus dem Jahre 1861 gegeben hat, in der dieser den damaligen Chef des Militärkabinetts, General von Manteuffel, den spätern Feldmarschall und Statthalter der Reichslande als „den unheilvollen Mann in unheilvoller Stellung“ bezeichnet hatte. Dies trug ihm eine Duellforderung Manteuffels, eine schwere Armwunde und ein Mandat für das Abgeordnetenhaus ein. Nach Königgrätz ist dieser Vorkämpfer der Fortschrittspartei dann aus ihr ausgeschieden und einer der Hauptbegründer der nationalliberalen Partei in Preußen geworden. Hätte Mommsen diesen Verlauf der Dinge be-

dacht — vielleicht hätte er für seinen Aufsatz doch einen andern Titel gewählt. Mommsen hat einen politischen Weg gemacht, der dem seines holsteinischen Landsmannes Twesten entgegengesetzt war. Schon als Professor in Leipzig wurde er in die Bewegung von 1848/49 verwickelt, 1873 trat er als national-liberales Mitglied in das preussische Abgeordnetenhaus und gesellte sich dann später der Liberalen Vereinigung zu. Seit 1882 gehört er dem Parlament nicht mehr an, aber seine politische Auffassung ist noch mehr nach links gegangen, sie reicht — wenigstens in seinem neuesten Aufsätze — nahe an die Sozialdemokratie heran. Schade, daß der Fünfundachtzigjährige kein Mandat mehr annehmen kann. Er würde seinen Platz ja sicherlich auf der äußersten Linken wählen und da, in der unmittelbaren Nachbarschaft der Sozialdemokraten, wahrscheinlich sehr schnell und sehr gründlich von der idealen Beurteilung geheilt werden, die er ihnen jetzt zu teil werden läßt.

Wenn ein Historiker von der Bedeutung Mommsens den Satz niederschreibt: „Der Umsturz der Reichsverfassung entwickelt sich rasch,“ so fordert er damit unvermeidlich das Urteil aller politisch denkenden Deutschen heraus. Was ist denn eigentlich geschehn? Infolge der Nachlässigkeit in der parlamentarischen Pflichterfüllung, die sich leider ein nicht geringer Bruchteil der Reichstagsabgeordneten hatte zu schulden kommen lassen, war es einer Minderheit von 58 Sozialdemokraten gelungen, die parlamentarische Herrschaft derart an sich zu reißen, daß es thatsächlich von ihr abhing, wie sich die Geschichte Deutschlands vollenden sollten. Gegen diese Diktatur hat sich die öffentliche Meinung und schließlich auch die Mehrheit des Reichstags aufgebäumt, die dem Reiche die Möglichkeit des Abschlusses von Handelsverträgen gesichert wissen, die Zolltarifffrage nicht zum Gegenstand eines der Entfesselung aller politischen Leidenschaften dienenden Wahlkampfes werden lassen und die zur Förderung der Geschäfte des Reichstags errichtete Geschäftsordnung nicht länger als Werkzeug der Verhinderung mißbrauchen lassen wollte. Der Reichstag hat in seiner Mehrheit immerhalb seiner verfassungsmäßigen Zuständigkeit gehandelt. Ein so vorgeschrittner Liberaler wie Mommsen wird doch vor allen Dingen nicht an dem Mehrheitsprinzip rühren wollen. Das Mehrheitsprinzip ist doch gewiß ein demokratisches Prinzip. Nachdem aber seine verfassungsmäßige Herrschaft einmal anerkannt ist, darf sie doch nicht deshalb als verwerflich gelten, weil eine bis weit in die Mittelparteien hineinreichende Allianz endlich, fast zu spät, davon Gebrauch macht! Mommsen nennt das einen „Umsturz der Reichsverfassung.“ Man sollte meinen, daß der greise Gelehrte seine politische Tagesnahrung nur aus dem „Vorwärts“ beziehe, denn außer den Sozialdemokraten ist noch kein Mensch auf eine solche Idee oder gar auf einen solchen Anspruch gekommen. Die Reichsverfassung ist durch keinen Eid geschützt, weder des Kaisers noch der Volksvertretung. Aber dennoch dürfte es nur wenige Verfassungen geben, die durch so viele Kautelen gegen den Umsturz von oben — denn einen solchen scheint Mommsen doch im Sinne zu haben — geschützt sind wie die Verfassung des Deutschen Reichs. Auf die praktischen Bedürfnisse ebenso wie auf das politisch Erreichbare meisterhaft zugeschnitten, hat sie sich in einem für Norddeutschland fünfunddreißigjährigen, für Gesamtdeutschland zweiunddreißigjährigen Bestehn als ein Einigungsband erwiesen, das weder durch die Tragik des Dreikaiserjahres noch durch die mächtige Bewegung der Geister

nach der Entlassung Bismarcks irgendwie tiefer berührt worden ist. Ungeachtet der schweren Verwundung des Reichsoberhauptes im Jahre 1878 war das Deutsche Reich damals imstande, die Völker Europas zu einem Kongreß in seine Hauptstadt zu entbieten, wie er an Umfang und Tragweite noch nicht dagewesen war, und mit ihnen Festsetzungen zu verabreden, die sich seitdem ein Vierteljahrhundert als feste Grundlage für den Frieden Europas bewährt haben. Den Umsturz, sogar den gewaltfamen, dieser Reichsverfassung sowie aller Landesverfassungen hat die Sozialdemokratie seit einem Menschenalter als ihr Ziel und ihre Aufgabe proklamiert, aber so lange die Mittel dieser Verfassung zu ihrem Schutze ausreichen, werden weder die Regierungen noch die auf Erhaltung der staatlichen Ordnung bedachten Parteien ihrerseits einen Umsturz, nicht einmal auf geordnetem legislativem Wege, in Aussicht nehmen. Nach Mommsens Auffassung dagegen stehen wir „am Beginn eines Staatsstreichs, durch den der deutsche Kaiser und die deutsche Volksvertretung dem Absolutismus eines Interessenbundes des Junkertums und der Kaplanokratie unterworfen werden sollen.“ Als Phrase liest sich das ausgezeichnet, der Inhalt ist jedes Verständnisses bar. Im Deutschen Reiche giebt es kein Gesetz, dem nicht die deutschen Bundesregierungen zustimmen. Nun ist aber kaum jemals eine Vorlage regierungsseitig so gründlich vorbereitet und nachher so endlos diskutiert worden, wie die des jetzigen Zolltarifs, irgend einen neuen Gedanken zu diesem Gegenstande vorzubringen, ist kaum möglich. Die Nation, soweit sie nicht in Parteiinteressen verrannt ist, verlangte nach dem Schluß. Diese Mehrheit, die „den deutschen Kaiser ihrem Absolutismus unterwerfen will“, ist genau dieselbe, mit der Bismarck seine Zollreform von 1879 gemacht hat, und die sich dann als Wirtschaftliche Vereinigung noch bis zu den Septennatskämpfen erhalten hat. Aber ja, es giebt einen Staatsstreichgedanken! Wo der eigentlich liegt, das verrät Mommsen höchst naiv einige Zeilen später. Nachdem er den Zusammenschluß „aller nicht in diese Verschwörung verwickelten Parteien“ „unter Einschluß der Sozialdemokraten“ gefordert und sodann erklärt hat, es gebe im politischen Leben weder Ordnungs- noch Umsturzparteien, jede Partei sei eine Umsturzpartei, schreibt er wörtlich: „Was sind die Ziele bei uns Liberalen . . .? Die Liberalen möchten das Reichsoberhaupt in den ersten Beamten des Staates verwandeln nach dem Muster Englands (?) und Nordamerikas. Für unsre Nation mit ihrem tiefen, anscheinend (!) unzerstörbaren dynastischen Gefühl ist das der Umsturz.“ Der antimonarchische Charakter der „an der Verschwörung gegen den deutschen Kaiser“ nicht beteiligten Parteien wird damit von Mommsen ebenso naiv proklamiert, wie die Thatsache anerkannt wird, daß diese Parteien im Gegensatz zu dem „anscheinend unzerstörbaren dynastischen Gefühl unsrer Nation“ stehen. Mommsen spricht zwar nur vom Kaiser, aber man darf als selbstverständlich annehmen, daß er hinsichtlich der andern deutschen Fürsten dieselbe Ansicht hegt. Und nun vergegenwärtige man sich dem gegenüber den Lärm, der in der linksliberalen Presse entstehen würde, wenn der Kaiser oder einer der Bundesfürsten Herrn Mommsen öffentlich als im Gegensatz zu dem dynastischen Gefühl der Nation stehend und den Umsturz des monarchischen Prinzips predigend bezeichnen wollte!

Sodann erhebt sich Mommsen zu dem Gemeinplatz: „Alles Staatsregiment besteht in der Ausgleichung gegensätzlicher Interessen, in der Herbeiführung

von Zuständen, wo die rivalisierenden Richtungen sich in leidlicher Weise in einander schicken, während keine voll ihren Willen durchsetzt und also das Gemeinwesen balanciert.“ Denselben Gedanken hat nun freilich — Herr Mommsen möge uns das nicht übel nehmen — ein gewisser Bismarck mündlich und schriftlich viel besser zum Ausdruck gebracht, und Mommsen wird sich am Ende für ein Mitglied wider Willen der Staatsstreichverschwörung halten, wenn er erfährt, daß der jetzige Reichskanzler, Graf Bülow, von der Zolltarifvorlage wiederholt erklärt hat, sie sei das Ergebnis des Ausgleichs der einander gegenüberstehenden wirtschaftlichen Interessen und bewege sich auf der mittlern Linie zwischen ihnen. Das ist doch nichts anderes als die Mommsensche „Balanzierung des Gemeinwesens,“ von Bismarck „die Diagonale der im Staate lebendigen Kräfte“ genannt.

Herrn Mommsen scheinen freilich schon während des Schreibens allerlei Bedenken hinsichtlich des Zusammengehens mit der Sozialdemokratie zu kommen, er fühlt, daß das Jahrhundert „diesem Ideal nicht reif ist.“ Deshalb meint er, daß sich alles politische Zusammengeh'n nicht auf die letzten Ziele beziehe, sondern auf die nächsten. Aber wenn nun diese „nächsten“ Ziele erreicht sind, was dann? Dann kommen die folgenden und dann die weiter folgenden — bis auch die letzten erreicht sein werden, und Herr Mommsen, falls er es erlebt, mit Staunen sehen wird, was er angerichtet hat. Doch hören wir weiter:

„Das natürliche und jetzt mehr als je gebotne Zusammengeh'n zwischen dem ehrlichen (!) Freisinn und den durch die Habsucht der Interessentkliquen gedrückten und zum Teil erdrückten (!) grollenden Arbeitermassen muß in die That umgesetzt werden. Es darf nicht mehr geschehn, daß der Freisinnige dem unverschämten oder verschämten Reaktionär seine Stimme lieber giebt als dem Sozialdemokraten.“

Hat Herr Mommsen nie davon gehört, daß die Zentrumswähler in Baden und am Rhein bis in die jüngste Zeit lieber jedesmal für einen Sozialdemokraten als für einen Nationalliberalen gestimmt haben? Daß Herr Bebel in der vorigen Legislaturperiode das Straßburger Mandat nur durch die Stimmen der dortigen Katholiken gegen einen national gesinnten Landsmann erhalten hat? Weiß Herr Mommsen nicht, daß die Sozialdemokraten es ehemals an Gegenleistungen beim Zentrum niemals haben fehlen lassen? Und wie denkt er nun über das „zu innerer Einigung führende Zusammengeh'n gegen den gemeinschaftlichen Feind“?

Nach Mommsens Ansicht ist die Sozialdemokratie „die einzige große Partei, die Anspruch hat auf politische Achtung.“ Freilich kann auch er dieser so „geachteten“ Partei den Vorwurf nicht ersparen, daß sie an der „fast verzweifelten Lage der Staatsverhältnisse einen guten Teil der Schuld trage,“ indem sie das Gute nicht anerkenne, das die Regierung sowie ein Teil „der Anhänger der kapitalistischen Wirtschaft“ in ehrlicher Weise und im Wege der Gleichberechtigung für den Arbeiter anstrebe und thue; er erinnert an Krupp und nennt es eine „unbegreifliche Gemütsroheit,“ „daß die Massen für solches Wollen und zum Teil auch Vollbringen gar keine Empfindung zu haben scheinen.“ Aber, bester Herr Mommsen, darin folgen die Massen ja lediglich ihren Führern im Parlament und in der Presse, die von Ihnen in

einem Atem als die Bundesgenossen und Kampfgenossen gegen die Staatsstreichverschwörung gepriesen worden sind!

Oder sollte das Exempel doch nicht stimmen? Sollte Mommsens Gutmütigkeit und politische Unschuld nur von Herrn Dr. Barth zu einer Abonnementsreklame für die „Nation“ gemißbraucht worden sein, wobei zugleich noch für die „Vossische Zeitung“ ein Bürstenabzug als Primeur abfiel? Und soll der von Bebel als Verräter beschimpfte Eugen Richter auch zu dieser Waffenbrüderschaft gehören?

Die Ehrfurcht vor dem Gelehrten Mommsen verbietet die allzuscharfe Kritik, die hier am Platze wäre. Aber sein Rezept würde Deutschland nicht retten, sondern dem Untergange weihen, die Verfassung nicht vor dem Staatsstreiche sichern, sondern der Notwendigkeit einer Änderung ausliefern. Mommsen selbst hat die Grenzlinie bezeichnet, die im politischen Meinungskampfe die Geister scheidet. Diese Grenzlinie zieht „das anscheinend unzerstörbare dynastische Gefühl des deutschen Volkes.“ Was uns noch retten kann, liegt diesseits dieser Grenzlinie, jenseits liegt, was uns nicht retten kann. Wir zweifeln nicht, daß auch Mommsen es vorziehen wird, seinen Platz diesseits zu nehmen.



Erinnerungen aus dem polnischen Insurrektionskriege in der preußischen Provinz Posen im Jahre 1848

Von Fedor von Köppen

Das Jahr der politischen Aufregung in Deutschland 1848 hatte auch in der ehemals polnischen Bevölkerung der preußischen Provinz Posen Hoffnungen auf Wiederherstellung ihrer alten polnischen Wirtschaft und Libertät oder — sagen wir besser — ihrer polnischen Anarchie erweckt. Die nach dem Straßenkampf in Berlin aus dem Zellengefängnis in Moabit losen entlassenen und amnestierten Polen, darunter Ludwig von Mieroslawski und Dr. Libelt, gründeten nun in der Stadt Posen ein sogenanntes „polnisches Nationalkomitee“, das die Reorganisation der Provinz Posen leiten, d. h. ihre Losreißung von dem preußischen Staat planmäßig betreiben sollte. Als die Regierung endlich gegen dieses Treiben einschritt, hatte die revolutionäre Bewegung in Posen schon solche Fortschritte gemacht, daß ihre Niederwerfung durch die Truppen ernste Kämpfe erforderte. Es handelte sich nicht um eine Erhebung und Unterdrückung der polnischen Nation, nicht um eine Wiedererweckung des polnischen Reichs, wie man die Deutschen glauben machen wollte, es war nur das Todesröcheln, bei dem sich die hinsterbende Nation in Posen noch einmal zum Leben aufzurichten suchte. Da ich an diesen Kämpfen teilnahm und dabei meine Feuertaufe erhielt, so sei es mir erlaubt, hier einiges davon aus meiner Erinnerung zu erzählen.

Gleich nach meiner Entlassung aus dem Kadettenkorps war ich als Offizier einem der Regimenter zugeteilt worden (dem 7. Infanterieregiment), die in der Stadt und Festung Posen versammelt wurden. Die Stimmung unter der polnischen Bevölkerung der Stadt war sehr aufgeregt. Die Polen zogen mit der polnischen Fahne durch die Straßen und riefen die polnische Republik aus; sie rissen die preußischen Adlerschilde herunter oder verdeckten sie durch die darüber gehängte polnische Adlersfahne. Ich that in dem Landschaftsgebäude zu Posen meine erste